

Alexander Radwan, MdB



Radwans Notizen



Bund-Länder-Finanzbeziehungen: Länderfinanzausgleich wird abgeschafft

Nach über zweijährigen Verhandlungen ist es Bund und Ländern gelungen, eine sinnvolle Weiterentwicklung der föderalen Finanzbeziehungen zu erzielen. Der bisherige Länderfinanzausgleich wird ab 2020 abgeschafft. Die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen schafft frühzeitig finanzielle Planungssicherheit bis 2030 und zudem eine jährliche Entlastung Bayerns in Höhe von rund 1,3 Mrd. Euro gegenüber dem derzeitigen Länderfinanzausgleich. Weitere Details, auch zu der geplanten Übernahme der Instandhaltung von Autobahnen und Bundesstraßen durch den Bund, finden Sie [auf meiner Webseite](#).

Aktuelle Stunde zur Lage in Syrien und im Irak

Vor dem Hintergrund der in dieser Woche gestarteten Militäroffensive gegen den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS) in Mossul sowie den jüngsten Entwicklungen in Aleppo haben wir uns in einer Aktuellen Stunde mit der Lage in Syrien und dem Irak befasst. Bei der dringend notwendigen humanitären Hilfe in der Region übernimmt das von Dr. Gerd Müller (CSU) geführte Entwicklungsministerium eine Vorreiterrolle. Wichtig ist, dass die Koalition gegen den IS zur Stabilität des Landes beiträgt, denn der Kampf gegen den Terror des IS ist mit der Rückeroberung Mossuls nicht gewonnen. [Hier](#) finden Sie meine Rede.

Gemeinde Irschenberg erhält Förderbescheid für den Breitbandausbau

Damit die Landkreise und Kommunen mit unterversorgten Gebieten Projekte für den Ausbau des schnellen Internets entwickeln können, fördert der Bund im Rahmen seines Breitbandförderprogrammes auch Beraterleistungen, die die Planung und Durchführung solcher Vorhaben und damit die Beantragung von Fördermitteln erleichtern. Anschließend kann auch der konkrete Ausbau gefördert werden. Ein entsprechender Antrag der Gemeinde Irschenberg wurde vor kurzem positiv beschieden und wurde symbolisch am 17.10.2016 in Berlin an Bürgermeister Hans Schönauer übergeben. Mehr dazu lesen Sie [hier](#).

Entlastung von Ländern und Kommunen: Bund beteiligt sich stärker an den Kosten der Integration

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag einen Gesetzentwurf zur Entlastung der Länder und Kommunen bei den Kosten für Integration in erster Lesung beraten. Vorgesehen ist unter anderem eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, wodurch der Bund den Ländern in den Jahren 2016 bis 2018 zusätzlich eine jährliche Integrationspauschale in Höhe von zwei Milliarden Euro zur Verfügung stellt. Im gleichen Zeitraum soll der Bund die Kosten der Unterkunft für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte vollständig übernehmen. Für 2017 und 2018 soll der Bund zusätzlich jeweils 500 Millionen Euro für den Wohnungsbau gewähren. Weitere Informationen dazu können Sie [dieser Grafik](#) entnehmen.

Ihr

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227 71963
Fax: 030 227 76963
Email: alexander.radwan@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Valepper Str. 28
83700 Rottach-Egern

Telefon: 08022 670446
Fax: 08022 670727
Email: alexander.radwan.wk@bundestag.de

Angemerkt:

500 Milliarden Euro Jahresumsatz, rund 130 verschiedene Berufe, mehr als fünf Millionen Beschäftigte in bundesweit über einer Million Betrieben—das Handwerk in Deutschland hat goldenen Boden. Im zweiten Quartal 2016 stieg der Umsatz im Handwerk um 6,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Besonders hoch waren die Umsatzsteigerungen im Kraftfahrzeuggewerbe, im Bau- und Ausbaugewerbe sowie im Gesundheitsgewerbe.